

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1918**

317 (12.7.1918) Mittagblatt



Jameslöcher in das Gesicht treiben. Wir haben doch ein Gefühl für die Ehre unseres Vaterlandes, wir können uns nicht öffentlich und unausgesetzt auf diese Weise beschimpfen lassen. Und zwar steht hinter dieser Beschimpfung der Vernichtungswille. Solange dieser Vernichtungswille besteht, meine Herren, müssen wir mit unserem teuren Volke ausweichen. Ich bin auch überzeugt, ich weiß es, daß in den weitesten Kreisen unseres Volkes fast überall der erste Wille besteht: Solange der Vernichtungswille der Feinde besteht, müssen wir durchhalten und werden wir durchhalten im Vertrauen auf unsere Truppen, im Vertrauen auf unsere Heerführung und im Vertrauen auf unser herrliches Volk, das diese schwere Zeit mit ihren großen Entbehrungen und fortgesetzten Opfern so wunderbar erträgt. Also an der Richtung der Politik wird nichts geändert. Denn, meine Herren, auch das muß ich sagen: Wenn sich nun trotz dieser feindseligen Verhärten dieser Staatsmänner irgendwo ernsthafte Anregungen für die Anbahnung eines Friedens

oder auch nur die ersten Schritte zu dieser Anbahnung zeigen würden, dann würden wir ganz gewiß uns nicht ablehnend verhalten, sondern wir würden diesen ernstgemeinten — ich sage ausdrücklich ernstgemeinten — Anregungen sofort mit allem Ernste nachgehen. Natürlich genügt es nicht, wenn dieser oder jener Agent kommt und sagt: „Ich kann da und dort Friedensgespräche herbeiführen“, sondern es kommt darauf an, daß berufene Vertreter der feindseligen Mächte und ausdrücklich autorisiert von ihrer Regierung, zu verhandeln gehen, daß Friedensgespräche möglich seien, daß Friedensgespräche zunächst natürlich in kleinem Kreise. Aber, meine Herren, die Staatsmänner, die bisher gesprochen haben, haben von derartigen Möglichkeiten nichts gesagt. Wenn solche Möglichkeiten sich zeigen, wenn eine ernste Friedensanregung aus der anderen Seite herkommt, meine Herren, dann werden wir sofort darauf eingehen, d. h. wir werden sie nicht zurückstoßen. Wir werden zunächst in kleinem Kreise sprechen. Meine Herren, ich kann Ihnen auch sagen, daß dieser Standpunkt nicht etwa mein Standpunkt ist, sondern daß dieser Standpunkt auch von der Obersten Heeresleitung ausdrücklich geteilt wird. Denn auch die Oberste Heeresleitung führt den Krieg nicht um des Krieges willen, sondern auch

die Oberste Heeresleitung hat mir gesagt: Sobald ein ernster Friedenswunsch sich auf der anderen Seite bemerkbar macht, müssen wir der Sache nachgehen. Nun wird es die Herren interessieren, wie sich von diesem Standpunkt aus gewisse Probleme darstellen, die Gegenwart und auftrifft. Es haben über diese Fragen am 1. und 2. Juli im Großen Hauptquartier unter dem Vorsitz Seiner Majestät des Kaisers eingehende Besprechungen stattgefunden. Ich kann natürlich nur ganz allgemein die Richtlinien hier angeben, die damals festgelegt wurden. Also zunächst bezüglich des Ostens: Meine Herren, wir stehen auf dem Boden des Friedens von West-Bälten und wollen diesen Frieden in lokaler Weise ausgebaut sehen. Das ist der Wille der deutschen Heeresleitung und darin wird sie unterstützt von der Obersten Heeresleitung. Aber, meine Herren, die Schwere der Kriegslast auf unserer Seite, die Schwierigkeiten der Auslieferung des Friedens von West-Bälten liegen nicht auf unserer Seite, sondern diese Schwierigkeiten liegen darin, daß, wie Sie wissen, die Bevölkerung in Ostland noch so außerordentlich unzufrieden sind. Wir sind geneigt, meine Herren, an die Möglichkeit der russischen Regierung uns gegenüber zu glauben, wie sich insbesondere gezeigt hat, die Loyalität des Vertreters der russischen Regierung hier in Berlin zu glauben. Aber, meine Herren, wir werden nicht so unbedingt annehmen können und dürfen, daß die gegenwärtige russische Regierung auch die Macht hat, die uns gebenden lokalen Zugeständnisse durchzuführen. Wir wollen durchaus der jetzigen russischen Regierung keine Schwierigkeiten machen. Wir stellen uns auf den lokalen Boden des Friedens von West-Bälten und tun, was wir können, um diesen Frieden anzuführen. Aber wie die Zustände sind, meine Herren, gibt es unauflösliche Verbindungen, unauflösliche Bindungen an den Grenzgebieten, unauflösliche Beziehungen dieser oder jener kleinen Heeresgruppe. Aber ich wiederhole unser Prinzip: Wir stehen auf dem Boden des Friedens von West-Bälten und wir wollen den Frieden lokal ausführen, wir wollen mit der gegenwärtigen russischen Regierung lokal verhandeln. Sie alle, meine Herren, stehen noch unter dem Eindruck

der surschbaren Verbrennung in Moskau, des Attentats, das an unserem Gefandten dort verübt worden ist — eine völkerverwundende Tat, wie sie ängst nicht zum Himmel schreien kann. Alle Spuren deuten darauf hin, daß die furchtbare Tat auf Anregung der Entente geschahen ist, um uns mit der jetzigen russischen Regierung neuerdings in Krieg zu verwickeln — ein Zustand, den wir aufs eifrigste vermeiden wollen. Wir wollen keinen neuen Krieg mit Ostland. Die jetzige russische Regierung will den Frieden und braucht den Frieden, und in dieser Friedensgeneigtheit läßt sich unterstreichen, was ich der anderen Seite, meine Herren, ist ja auch wahr, daß sehr verschiedenartige politische Strömungen durch das russische Reich hindurchgehen, Bestrebungen der verschiedensten Art: monarchische Bestrebungen, Bestrebungen

wie Fürstentum und Ehrsucht stets willkommeneres Werkzeug in des lauernden Wobels Hand, wie mehr als einmal unser Bayern mit uns seines Herrscherflammes Unfriede will — unser Bayern gedehnt so blühend, groß und stark in Albrechts Schirm — gegen ihn, der mir brüderlich gesinnt zu jeder Zeit, mich trotz ich wohl das Wort, doch nimmer meine Faust erheben — niemals, solange ich nicht vollständige Beweise habe, daß falsch und heuchlerisch sein Sinn, und daß vor Gott und Menschen ich ein Recht besitze, das Band des Bruderschwertes für geschnitten zu halten. „So sagt Ihr Euch vom Bunde los?“ fuhr Bernhardtin auf. „Nein, Ritter Bernhardtin, nie war ich mehr geneigt, für ihn zu wirken“, entgegnete Wolfgang, „zu seinem Vortell obere ich den meinen; hört meinen Plan. Als Kämpfer nicht, als Ritter will ich dem Bunde zuhause angehören, nicht unterstülhen trohiges Streben zur Schwandung fürstlicher Macht unseres Hauses, doch wahrhaft alhergebrachtes Recht der Ritterchaft. Willigen Vergleich will ich herzustellen suchen zwischen Bayerns Adel und seinem Fürsten, den Frieden wahrhaft meinem Vaterland, und habe ich dieses Ziel erreicht, dann will ich nicht um meines Bruders Gunst und Liebe werben, die ich von mir weiß, das es nicht heißen soll, was ich getan, es sei des Lobes halber — dann laß ich hinter mir, wie Bruder Christoph es getan, das Bayernland, und an einem stillen Ort in der Ferne gründe ich meinen Stih. Und ist die Neigung Adeltraun erst und rein zu mir, hält sie der Probe stand, dann wird sie, wenn ihr Hand auch nicht im Herrscherglanz erstirbt, mit jener Palme des Friedens, von der einst der blinde Sanger sang beim

folger nicht auf Wunsch dieser Partei und mit Willen ihrer Politik ernannt wurde. Wenn der Kanzler seine heutige Aufgabe durchführt, so wird ihn meine Partei unterstützen, ebenso Herrn von Sine, wenn er im Sinne seiner Politik handelt. Abg. Graf Westarp (Kons.) erklärt die mitgeteilten Gründe für den Rücktritt Kühlmanns für durchschlagend. Dem inneren politischen Programm des Reichskanzlers kann ich nach wie vor nicht zustimmen. Die Antwort auf die Papstnote erheben wir niemals die geeignete für ein Regierungsprogramm. Selbstverständlich muß man auf jede ernste Anregung der Friedensverhandlungen eingehen, aber eine große Zurückhaltung im Ausprechen dieser Bereitschaft ist wohl zweckmäßig. Wir stehen dem neuen Staatssekretär ohne jedes Vorrecht gütter oder schlechter Art gegenüber und wollen seine Politik abwarten. Wir wünschen, daß Herr von Sine das engste Einverständnis mit der Obersten Heeresleitung, auf das auch der Kanzler so entscheidendes Gewicht legt, aufrecht erhält.

Das Echo der Reichskanzlerrede. Berlin, 12. Juli. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung führt aus: Wenn die nächste Feststellung, daß sich die deutsche Politik nicht verändern werde, eine so tiefe und entscheidende Wendung auslösen konnte, so lag das zum Teil daran, daß sich in den letzten Tagen unter dem verwirrenden Einfluß unkontrollierbarer Gerüchte und übertriebener Klänge die Tatsachen verblassen haben, und daß es der klaren Worte des Reichskanzlers bedurfte, um sie wieder zurechtzurufen. Diese Bestimmung auf das Selbstverständliche war nicht das einzige Moment, das die heilmale Wirkung erzielte, auch was der Reichskanzler positiv vorbrachte, klang so überzeugend, war von einer so natürlichen Sicherheit getragen und einem zurechtfindenden Gefühl, daß der Eindruck nicht ausbleiben konnte. Die Art vollends, in der Graf Hertling für die Reichsregierung, ebenso wie für die Oberste Heeresleitung eine Vereinfachung zeigte, auf jede ernst gemeinte Friedensanregung, nicht auf Agentenklatsch und Dauernis, mit allem Ernste einzugehen, wird überall im Volke Beifall finden. Wir verprechen uns von der Wendung auch die beste Rückwirkung bei denen im Felde und denen auf der anderen Seite.

Schneller, als man allgemein erwartet hat, schreibt die Germania, haben sich die politischen Wogen wieder geglättet. Nach der Erklärung des Reichskanzlers Grafen v. Hertling, daß, bis zur sozialdemokratischen Mehrheit, der Wunsch besteht, der Regierung weiteres Vertrauen entgegenzubringen und abzugeben, wie sich der neue Staatssekretär durch die Tat bekräftigen wird. Da es in der Politik um die Sache und nicht um eine einzelne Person geht, haben die Mehrheitsparteien nach der Rede des Reichskanzlers fasthändig keinen Grund mehr, der Regierung ihr Vertrauen zu entziehen. Der Vorwärts sagt: Graf Hertling hat den Versuch gemacht, das, was durch die Ereignisse der letzten Tage aus den Fugen geraten war, wieder einzureihen. Er hat dem Zentrum erwünschte Gelegenheiten gegeben, das Land, das er mit der Regierung verbindet, auf neue zu befestigen, und auch die Rede des Fortschrittlers klang nicht so, als ob der Vertrauensmann der Volkspartei, Herr von Weyer, daran dächte, aus der Regierung zu schieben. Scharfe Tone klang nur der Redner der Sozialdemokratie an, der die Erklärung des Reichskanzlers nicht befriedigend fand. Der Vorwärts kommt dann auf die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zu den neuen Kriegskrediten zu sprechen. Die Fraktion hätte vor den neuen Ereignissen mit allen gegen acht Stimmen die Bewilligung der Kredite beschlossen, werde sich aber wohl mit der Angelegenheit nochmals befassen. Nur jetzt möchten wir heute dazu sagen, daß die Partei nach wie vor zur Landesverteidigung steht, und daß sie ihre Stellung zu dem gegenwärtigen Regierungskurs durch die Erklärung Scheidemanns darzulegen hat, dieser Regierung könne sie den Kredit bewilligen. Als Minderheitsaktion besteht die Kreditbewilligung nur die Bedeutung eines Bekenntnisses, daß man, je nachdem als Bekenntnis gegen die Landesverteidigung und gegen die Regierung aufzufassen würde. Ihre Zustimmung zu den Krediten werde nunmehr als Fortsetzung ihrer bisherigen Politik auf keinen Fall als Vertrauenskundgebung für die Regierung aufzufassen sein.

Abg. Scheidemann (Soz.) führte aus: Der Abgang Kühlmanns habe im In- und Auslande den schlechtesten Eindruck gemacht. Er stelle sich dar als Sieg der Eroberungs- und Machtpolitik. Wenn nach den Darlegungen alles beim Alten bleiben soll, weshalb habe man den Staatssekretär nicht gehalten. Die Möglichkeit der Entlassung und die Ernennung des neuen Staatssekretärs ohne Veragung des Reichstages kann ich nicht für richtig halten. Abg. Kisebed (Forstsch. Vpl.) führt aus: Es muß klargestellt werden, daß Kühlmanns Abgang nicht auf die Treibereien der Altdutschen zurückzuführen ist, wie auch darüber, daß sein Rück-

treten nicht auf Wunsch dieser Partei und mit Willen ihrer Politik ernannt wurde. Wenn der Kanzler seine heutige Aufgabe durchführt, so wird ihn meine Partei unterstützen, ebenso Herrn von Sine, wenn er im Sinne seiner Politik handelt.

Abg. Graf Westarp (Kons.) erklärt die mitgeteilten Gründe für den Rücktritt Kühlmanns für durchschlagend. Dem inneren politischen Programm des Reichskanzlers kann ich nach wie vor nicht zustimmen.

Abg. Kisebed (Forstsch. Vpl.) führt aus: Es muß klargestellt werden, daß Kühlmanns Abgang nicht auf die Treibereien der Altdutschen zurückzuführen ist, wie auch darüber, daß sein Rück-

Chronik des dritten Kriegsjahres. 12. Juli: Feindliche Angriffe bei Neuport, Ypern, Gulluk und schließlich der Scarpe zurückgeschlagen; erfolgreicher Vorstoß an der Höhe 304, Russische Angriffe an der Lomnica-Düne gescheitert.

Generalversammlung des Augustinusvereins. Köln, 9. Juli. Die alte, echte Zentrumsfreunde und Zentrumsgeweihten kam auf der gestrigen hier stattgefundenen Generalversammlung des Augustinus-Vereins wieder einmal zum Ausdruck. Sie war veranlaßt durch die „Richtlinien“, welche der Reichsausschuß im letzten Jahresbericht gegeben hat.

Die alte, echte Zentrumsfreunde und Zentrumsgeweihten kam auf der gestrigen hier stattgefundenen Generalversammlung des Augustinus-Vereins wieder einmal zum Ausdruck. Sie war veranlaßt durch die „Richtlinien“, welche der Reichsausschuß im letzten Jahresbericht gegeben hat. Schon der außerordentlich starke Beifall, nicht bloß aus Rheinland und Westfalen, sondern auch aus Süd-, Nord- und Ostdeutschland vor ein Beweis, wie aller Augen auf die Vorgänge innerhalb der Zentrumspartei gerichtet sind.

Die alte, echte Zentrumsfreunde und Zentrumsgeweihten kam auf der gestrigen hier stattgefundenen Generalversammlung des Augustinus-Vereins wieder einmal zum Ausdruck. Sie war veranlaßt durch die „Richtlinien“, welche der Reichsausschuß im letzten Jahresbericht gegeben hat. Schon der außerordentlich starke Beifall, nicht bloß aus Rheinland und Westfalen, sondern auch aus Süd-, Nord- und Ostdeutschland vor ein Beweis, wie aller Augen auf die Vorgänge innerhalb der Zentrumspartei gerichtet sind.

Die alte, echte Zentrumsfreunde und Zentrumsgeweihten kam auf der gestrigen hier stattgefundenen Generalversammlung des Augustinus-Vereins wieder einmal zum Ausdruck. Sie war veranlaßt durch die „Richtlinien“, welche der Reichsausschuß im letzten Jahresbericht gegeben hat. Schon der außerordentlich starke Beifall, nicht bloß aus Rheinland und Westfalen, sondern auch aus Süd-, Nord- und Ostdeutschland vor ein Beweis, wie aller Augen auf die Vorgänge innerhalb der Zentrumspartei gerichtet sind.

Die alte, echte Zentrumsfreunde und Zentrumsgeweihten kam auf der gestrigen hier stattgefundenen Generalversammlung des Augustinus-Vereins wieder einmal zum Ausdruck. Sie war veranlaßt durch die „Richtlinien“, welche der Reichsausschuß im letzten Jahresbericht gegeben hat. Schon der außerordentlich starke Beifall, nicht bloß aus Rheinland und Westfalen, sondern auch aus Süd-, Nord- und Ostdeutschland vor ein Beweis, wie aller Augen auf die Vorgänge innerhalb der Zentrumspartei gerichtet sind.

Die alte, echte Zentrumsfreunde und Zentrumsgeweihten kam auf der gestrigen hier stattgefundenen Generalversammlung des Augustinus-Vereins wieder einmal zum Ausdruck. Sie war veranlaßt durch die „Richtlinien“, welche der Reichsausschuß im letzten Jahresbericht gegeben hat. Schon der außerordentlich starke Beifall, nicht bloß aus Rheinland und Westfalen, sondern auch aus Süd-, Nord- und Ostdeutschland vor ein Beweis, wie aller Augen auf die Vorgänge innerhalb der Zentrumspartei gerichtet sind.

maligen Mahnung zur Einberufung der alldeutschen Versammlung der alldeutschen Zentrumskräfte nichts eingetrübt hat.

Moral und Offenbarung. Der Angriff der Deutschen Reichsheere des nun aus dem Staatssekretärs v. Kühlmann (Nr. 215) Urlaub zu sein.

Der Angriff der Deutschen Reichsheere des nun aus dem Staatssekretärs v. Kühlmann (Nr. 215) Urlaub zu sein. Von einer gewissen Seite wird behauptet, daß die deutsche Politik sich nicht ändern werde. Und die Moral, bei der die Rede ist, ist die Frage, wie denn ein solches Verhalten von Seiten unermesslicher Tat von denselben

Wenn die Angriffe der Deutschen Reichsheere des nun aus dem Staatssekretärs v. Kühlmann (Nr. 215) Urlaub zu sein. Von einer gewissen Seite wird behauptet, daß die deutsche Politik sich nicht ändern werde. Und die Moral, bei der die Rede ist, ist die Frage, wie denn ein solches Verhalten von Seiten unermesslicher Tat von denselben

Wenn die Angriffe der Deutschen Reichsheere des nun aus dem Staatssekretärs v. Kühlmann (Nr. 215) Urlaub zu sein. Von einer gewissen Seite wird behauptet, daß die deutsche Politik sich nicht ändern werde. Und die Moral, bei der die Rede ist, ist die Frage, wie denn ein solches Verhalten von Seiten unermesslicher Tat von denselben

Wenn die Angriffe der Deutschen Reichsheere des nun aus dem Staatssekretärs v. Kühlmann (Nr. 215) Urlaub zu sein. Von einer gewissen Seite wird behauptet, daß die deutsche Politik sich nicht ändern werde. Und die Moral, bei der die Rede ist, ist die Frage, wie denn ein solches Verhalten von Seiten unermesslicher Tat von denselben

Wenn die Angriffe der Deutschen Reichsheere des nun aus dem Staatssekretärs v. Kühlmann (Nr. 215) Urlaub zu sein. Von einer gewissen Seite wird behauptet, daß die deutsche Politik sich nicht ändern werde. Und die Moral, bei der die Rede ist, ist die Frage, wie denn ein solches Verhalten von Seiten unermesslicher Tat von denselben

### Die feindlichen Brüder.

Erzählung aus vergangener Zeit von Hermann Hirschfeld.

Wachte Herr Bernhardtin mit dem Charakter seiner Nichte Hingänglich bekannt, immerhin Neugierde deuten, er durfte es dem Herzoge gegenüber nicht eingestehen; es galt vielmehr das Vertrauen derselben zu befestigen. Aber der fürstliche Herr schnitt ihm das Wort ab, denn er fuhr fort: „Nicht Einfuß dieser Whantosen der Einsamkeit nennt meine Rede; auch läßt sie nicht sie meiner Seele, die Erinnerung an unser häusliches Glück, da wir Brüder noch um unsern edlen Vater geschart, einer für alle, alle für einen standen. Und verglich ich mit dem einst das Recht, so war es mir, als ob ich erdosen müßte, daß! ich an Bruder Albrechts erstes Anstich, an Künigichens, meiner Schwägerin, Nichte, wenn Bilder zu bannen, griff ich zu Büchern; von unmeisr Hauses Vergangenheit fand ich viel aufgeschrieben im Archiv des weisen Eberhard, des Erzherzogs von Regensburg Chronik, das föllide Heilbuch von der Fürsten Raten, „Grimaldis“, des Fürstentümer Wändes, sie erzählten aus der Vortzeit, viefen der Fictzeit Werke, der forschende Geist, die Liebe zum Vaterlande redete aus Burthardt Ringel, dem Memminger, aus Ulrich Güntners Schilderung zu mir, und was Beskreuung mir bieten sollte, ward zur Lehre. Ich erkannt, wie niemals unser Bayern größer, stöcker noch außen wie noch innen war, als wenn es eine Hand zusammenhielt, ein kräftiger Wille umgebe; ich jah

62)

### Chronik des dritten Kriegsjahres.

12. Juli: Feindliche Angriffe bei Neuport, Ypern, Gulluk und schließlich der Scarpe zurückgeschlagen; erfolgreicher Vorstoß an der Höhe 304, Russische Angriffe an der Lomnica-Düne gescheitert.

### Generalversammlung des Augustinusvereins.

Köln, 9. Juli. Die alte, echte Zentrumsfreunde und Zentrumsgeweihten kam auf der gestrigen hier stattgefundenen Generalversammlung des Augustinus-Vereins wieder einmal zum Ausdruck. Sie war veranlaßt durch die „Richtlinien“, welche der Reichsausschuß im letzten Jahresbericht gegeben hat.

Die alte, echte Zentrumsfreunde und Zentrumsgeweihten kam auf der gestrigen hier stattgefundenen Generalversammlung des Augustinus-Vereins wieder einmal zum Ausdruck. Sie war veranlaßt durch die „Richtlinien“, welche der Reichsausschuß im letzten Jahresbericht gegeben hat. Schon der außerordentlich starke Beifall, nicht bloß aus Rheinland und Westfalen, sondern auch aus Süd-, Nord- und Ostdeutschland vor ein Beweis, wie aller Augen auf die Vorgänge innerhalb der Zentrumspartei gerichtet sind.

Die alte, echte Zentrumsfreunde und Zentrumsgeweihten kam auf der gestrigen hier stattgefundenen Generalversammlung des Augustinus-Vereins wieder einmal zum Ausdruck. Sie war veranlaßt durch die „Richtlinien“, welche der Reichsausschuß im letzten Jahresbericht gegeben hat. Schon der außerordentlich starke Beifall, nicht bloß aus Rheinland und Westfalen, sondern auch aus Süd-, Nord- und Ostdeutschland vor ein Beweis, wie aller Augen auf die Vorgänge innerhalb der Zentrumspartei gerichtet sind.

Die alte, echte Zentrumsfreunde und Zentrumsgeweihten kam auf der gestrigen hier stattgefundenen Generalversammlung des Augustinus-Vereins wieder einmal zum Ausdruck. Sie war veranlaßt durch die „Richtlinien“, welche der Reichsausschuß im letzten Jahresbericht gegeben hat. Schon der außerordentlich starke Beifall, nicht bloß aus Rheinland und Westfalen, sondern auch aus Süd-, Nord- und Ostdeutschland vor ein Beweis, wie aller Augen auf die Vorgänge innerhalb der Zentrumspartei gerichtet sind.

### Hochschulen.

Freiburg, 10. Juli. In der medizinischen Fakultät hat sich Herr Dr. Paul Lindig aus Hannover für Geburtshilfe und Gynäkologie als Privatdozent habilitiert.

### Literarisches.

Anna Frein v. Kranz, „Wenn Steine reden“, Roman aus dem 2. Jahrhundert n. Chr. Köln-Badern. Die Verfasserin versteht die Kunst, fesselnde Romane aus dem Altertum zu schreiben und uns die Zeit der ersten Christen näherzubringen. Sie arbeitet dabei nicht in ausgetretenen Geleisen, sondern nimmt sich ganz originale Vorwürfe. Dies tut sie auch hier, wo sie die inneren Bindungen eines Oberpriesters der Kirche und einer Priesterin dieser Örtin zum Gegenstand der Darstellung macht. Beide — der erstere ein Verräter und abgefallener Christ — letztere eine betrogene Verräterin — enden als Märtyrer. Die Lieberin ihrer Verführung ist die junge Eucharis, die durch Verleitung von Umfländen mit dem heiligen Evangelisten Markus, Bischof von Jerusalem, in Verbindung kommt. Die Handlung spielt nämlich in Jerusalem, wo der Oberpriester Geostriat über dem Graf des Herrn seinen Altartempel errichtet hat. Der Roman eignet sich auch nach der Ausstattung vorzüglich als Geschenkswert.

### Deutscher Reichsheere.

Der Angriff der Deutschen Reichsheere des nun aus dem Staatssekretärs v. Kühlmann (Nr. 215) Urlaub zu sein. Von einer gewissen Seite wird behauptet, daß die deutsche Politik sich nicht ändern werde. Und die Moral, bei der die Rede ist, ist die Frage, wie denn ein solches Verhalten von Seiten unermesslicher Tat von denselben

### Am Unbedachtliche Graf.

Am Unbedachtliche Graf. Präsident Kreuznach wird auf 30 Minuten. Die zweite Beratung. Am 2. Juli 1918. Am 2. Juli 1918.

### Waldheim (Fr. W.).

Waldheim (Fr. W.). Die Schuld für die Erbsünde dieser feindseligen Erstgeburtliche der angelistete Generaldirektor sollte man jede Verantwortlichkeit vermeiden, durch die Steuer sollte sich auf einen wirklichen Verdienst (L. Soz.): Die Beschränkung des Verbrauchs unannehmbar. Es gab indirekten Steuer und macht notwendig, die diese Verhältnisse bringen wird. Für die Langgehende Willkürlichen geschaffen, freien Verusche müßte auch dort beantragte daher einen befandene Tätigkeit wird nicht zugerechnet. Der Antrag Bernstein § 1 wird in der Ausfertigung bei § 2 wird ein sozialtrau auf Freilassung der Umbrannte abgelehnt, und bei der Antrag auf Freilassung der Gemeinden und Gemeindefürsorge wirtschaftliche Unternehmen. Zeitungsredaktion, Gas, elektrischer Licht.

62)

...titten Kriegsjahres. ...Angriffe bei Newport, Ope...

Angustinusvereins.

...alle, echte Zentrumsfreunde ...ngung sam auf der letzten hier...

...des A.-V. zu Köln am 8. Juli ...ber die politische Lage, in...

...die in diesen Blättern auf ...delltes Ergebnis der bishe...

...abstimmte Zustimmung ...ste gute Zentrumspartei, wel...

...vorabnahme und w ...ntanten dem A.-V. angeschlo...

...in allen Kreisen der Part ...auftrag, daß sie die Grund...

...die zweite Beratung der St ...lagen wird mit der

...fortgesetzt. ...Meerfeld (Soz.): Die Umfah...

...Meerfeld (Soz.): Die Umfah ...benne alle neuen Steuern. Die...

...Meerfeld (Soz.): Die Umfah ...handelt sich um die Umfah...

...Meerfeld (Soz.): Die Umfah ...kommen sind. Diese reichen ab...

...Meerfeld (Soz.): Die Umfah ...Berkheim (N. Soz.): Dieses G...

...Meerfeld (Soz.): Die Umfah ...eine Besteuerung des Verbrauchs...

...Meerfeld (Soz.): Die Umfah ...des A.-V. am 8. Juli 1918...

...Meerfeld (Soz.): Die Umfah ...achtet die Verknüpfung des...

...Meerfeld (Soz.): Die Umfah ...seiner blutigen Hand in...

...Meerfeld (Soz.): Die Umfah ...n der medizinischen Fakultät...

...Meerfeld (Soz.): Die Umfah ...n der medizinischen Fakultät...

...Meerfeld (Soz.): Die Umfah ...n der medizinischen Fakultät...

...Meerfeld (Soz.): Die Umfah ...n der medizinischen Fakultät...

...Meerfeld (Soz.): Die Umfah ...n der medizinischen Fakultät...

...Meerfeld (Soz.): Die Umfah ...n der medizinischen Fakultät...

möglichen Mahnung zur Einigkeit, aber auch unter der begeisterten Zustimmung aller Teilnehmer, daß der alte Zentrumsturm von seiner Festigkeit noch nichts eingebüßt hat.

Deutschland.

Moral und öffentliches Wirken.

Der Angriff der Deutschen Zeitung auf das Privatleben des nun aus dem Amte geschiedenen Staatssekretärs v. Kühlmann gibt der Germania (Nr. 315) Anlaß zu folgender, durchaus richtiger Bemerkung: Von einer gewissen Seite suchte man Herrn von Kühlmann durch ehrenrührige, sein Privatleben betreffende Beschuldigung zu beeinträchtigen. Jetzt, da er aus dem Amte scheidet, wird wohl niemals festgestellt werden, was sich in Zukunft eigentlich zugetragen hat. Es wäre nur wünschenswert, daß ein solcher Maßstab für die Beurteilung eines im Dienste des Vaterlandes stehenden Mannes nicht nur einmal, sondern ganz allgemein angelegt werde. Und zur Charakterisierung dieser Moral, bei der die Zwecke die Mittel heiligt, genügt wohl die Frage, wie denn eine nicht zum Nachteil, sondern zum Nutzen und Vorteile des Staates vollbrachte unmoralische Tat von denselben Kreisen aufgenommen würde.

Wenn die Angriffe der Deutschen Zeitung aus der Anschauung hervorgegangen wären, daß jeder, der im Dienst der Öffentlichkeit steht, insbesondere der Staatsbeamte und ebenso der Offizier, auch in seinem Privatleben in jeder Beziehung moralisch einwandfrei dastehen müsse und daß, wer dieser Anforderung nicht genügt, nicht würdig sei, ein öffentliches Amt zu bekleiden, so könnte man ihr von unserem Standpunkt aus nur zustimmen. Aber diesen Sinn hatte der Angriff des alldeutschen Blattes sicherlich nicht, sondern es stellte sich nur in dem Falle Kühlmann auf diesen Boden, um Kühlmann womöglich unmoralisch zu machen, bezw. ihn aus seinem Amte zu entfernen und einen der alldeutschen Richtung genehmeren Mann an diese Stelle zu bringen. Man kann also in dem Vorgehen des Blattes nur ein Stück von der inneren Unwahrscheinlichkeit sehen, an der unsere Zeit überhaupt krankt. Burtianismus, der aller Menschlichkeit mit starrer Pharisäismus begegnet, führt schließlich zur widerlichen Seuchelikeit; oder auch eine Andeutung, für die der moralische Gesichtspunkt bezüglich des Privatlebens einer Persönlichkeit in öffentlicher Stellung nur in Betracht kommt, um Privatwede zu erreichen, führt unbedingt zur Seuchelikeit und Unwahrscheinlichkeit.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 11. Juli 1918.

Am Bundesratsstische Graf Adern, Schiffer. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 30 Minuten. Die zweite Beratung der Steuervorlagen wird mit der

Umfahsteuer

Meerfeld (Soz.): Die Umfahsteuer ist die einschneidendste aller neuen Steuern. Die Produktion wird verteuert, der Handel wird erschwert und schänkt, das ganze Wirtschaftsleben wird belastet. Die Lebensmittel der breiten Masse dürfen nicht teurer werden, sondern müssen billiger werden, ebenso muß die Arbeit billiger werden, ebenso muß die Arbeit billiger werden, ebenso muß die Arbeit billiger werden. Die Umfahsteuer wird schärfer angezogen werden. Dieser wäre vor allem eine geordnete Einkommensteuer. Wir sind bereit, an der Aufbringung beträchtiger Mittel mitzuwirken. Wir erkennen auch an, daß in die Umfahsteuer sehr begründete Verbesserungen hineingekommen sind. Diese reichen aber nicht aus. Das Gesetz ist der Anfang einer allgemeinen Produktionsbesteuerung. Dieser Zweck können wir nicht mitmachen. Wir sind daher gezwungen, dieses Gesetz abzulehnen. Berkheim (N. Soz.): Die Selbstständigkeit ist ausschlaggebend für die Erhebung dieser Steuer. Danach müßte der selbständige Produktionsfaktor Umfahsteuer bezahlen, die angestellte Generaldirektor aber nicht. Entweder sollte man jede Erwerbsfähigkeit, auch die Angestellten und Beamten, durch die Steuer erfassen, oder aber man sollte sich auf einen wirklichen Erwerbsmaß beschränken. Berkheim (N. Soz.): Dieses Gesetz bedeutet wiederum eine Besteuerung des Verbrauchs. Es wird für uns deshalb unannehmbar. Es hat auch alle Mängel einer indirekten Steuer und macht eine förmliche Kontrolle notwendig, die viele Verfassungen und Prozesse mit sich bringen wird. Für die Landwirtschaft werden sich gehende Privilegien geschaffen. Die Freilassung der freien Berufe müßte auch darin festgelegt werden. Ich beantrage daher einen besonderen § 6a: der Gewerbetätigkeit wird nicht zugerechnet die Ausübung der freien Berufe der Kerate, der Gelehrten, Künstler, Privatlehrer, Rechtsanwältle, Notare und Schriftsteller. Dr. Jung (natl.): Freilassung der freien Berufe geht aus dem Gesetz, zum mindesten aus der Ausschussberatung hervor. Der Antrag Bernstein wird abgelehnt. § 1 wird in der Ausschussfassung angenommen. Bei § 2 wird ein sozialdemokratischer Antrag auf Freilassung der Umsätze von Rohstoffe, Holz und Brennstoffe abgelehnt, und bei § 3 ein sozialdemokratischer Antrag auf Freilassung von Reich, Bundesstaaten, Gemeinden und Gemeinwesen sowie gewerkschaftliche Unternehmungen wegen der Lieferung von Leitungswasser, Gas, elektrischem Strom usw. abgelehnt. § 6 befragt: Die Steuer beträgt fünf vom Tausend des für die unveräußerliche Leistung vereinnahmten Entgeltes. Die Sozialdemokraten beantragen, hinzuzufügen: die Steuer beträgt ein vom Tausend für Getreide, Getreidefabrikate, Milch, Butter, Kartoffeln, Gemüse, Fleisch und Fett. In namentlicher Abstimmung wird der Antrag mit 171 gegen 114 Stimmen abgelehnt. Nach einem Kompromissantrag soll ein § 6a beinhalten: Besteht eine Unternehmung aus mehreren betriebswirtschaftlichen Betrieben, von denen der eine die von ihm hergestellten Gegenstände an den anderen liefert, so ist diese Lieferung, wenn sie 100 000 Mark übersteigt, umfahsteuerpflichtig. Dr. Jung (natl.): Mit diesem Antrag wollen wir dem selbständigen Mittelstand die Existenzsicherung erleichtern. Nur mit diesem Mittelstandsantrag ist das Gesetz für uns annehmbar. Berkheim (Soz.): Dieser Antrag ist volkswirtschaftlich unmöglich. Wir haben allen Anlaß, nach dem Kriege alle Kräfte zu konzentrieren und nicht zu zerstreuen. Schiele (Natl.): Vom Standpunkt des Vordemers ist seine ablehnende Haltung durchaus zu verstehen. Wir wollen aber den Mittelstand schützen und erhalten. Berkheim (Soz.): Der Kompromissantrag ist nur eine Gewerkschaft. Staatssekretär Graf Hohenhausen: Die Revision...

durch den § 6a die Konsumvereine herangezogen würden, ist nicht stichhaltig.

§ 6 wird in der Fassung des Kompromissantrages angenommen. § 7 sieht erhöhte Steuern auf Luxusgegenstände, Edelmetalle, Perlen usw. vor. Ein Antrag der Sozialdemokraten will Doubletsachen freigeichen. Berkheim (N. Soz.) begründet den Antrag seiner Partei und verlangt eine Erhöhung des Steuerjahres für Luxusgegenstände und Pelztragen. Zimmermann (natl.) beantragt, mechanische Musikinstrumente freizulassen. Der Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten wird abgelehnt, ebenso der Antrag Zimmermann (natl.). Bei § 17 (Vorlegung von Böchern und Geschäfts-papieren) beantragt Abg. Walsch (Fr. Sp.), den zweiten Absatz zu streichen, der auch den Angehörigen Auskunftsspflicht auferlegt. Unterstaatssekretär Schiffer: Das Verordnungsverhältnis zum Chef soll nicht betroffen werden. Die Auskunft wird nur in bereinigten Fällen und dann sehr vorsichtig eingeholt werden. Wir müssen im Interesse der christlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden. Das dürfte dem Chef noch unangenehm sein, als die Auskunftspflicht der Angehörigen.

Der Absatz wird gestrichen. Nach § 30 dürfen Steuern vom Warenverkehr, die beim Ankauf dieses Gesetzes noch in Bundesstaaten und Gemeinden bestehen, vom 1. April 1919 an nicht weiter erhoben werden. Berkheim (Soz.) beantragt folgende Fassung: Von Unternehmungen, die vorwiegend Lebensmittel vertreiben, dürfen vom 1. April 1919 Steuern vom Umsatz dieser Waren in Einzelstaaten und Gemeinden nicht mehr erhoben werden. Berkheim (Soz.) tritt für die Kommissionsfassung ein. Gegenüber dieser großen Reichsteuer darf eine einseitig steuerliche Steuer auf den gleichen Gegenstand nicht bestehen. Berkheim (Soz.) spricht sich gegen die Bestimmung aus, daß das Reich den Bundesstaaten aus diesen Steuern 10 Prozent zu überweisen hat als Vergütung für die Verwaltung, und Erhebung von 5 weiteren Prozent an die Bundesstaaten zur Lebensmittelförderung in die Gemeinden, die für die Lebensmittelförderung Einrichtungen getroffen haben. Wir sind bereit, dem Antrag Waden beizustimmen. Jung (natl.): Wir stimmen dem Antrag Waden zu. Die Einzelstaaten mögen es mit sich ausmachen, wie sie sich zur Umsatzsteuer stellen wollen. Berkheim (Soz.): Mit dem Ausschussbeschlusse würde auch die einseitig steuerliche Warensteuer in Wegfall kommen. Das kann nicht Aufgabe der Reichsregierung sein. Unterstaatssekretär Schiffer: Die Annahme, daß durch den fährlichen Bericht an den Reichstag über die Verwendung der an die Bundesstaaten abgegebenen Beträge dem Reichstag ein Kontrollrecht gegeben wird, trifft nicht zu. Der Antrag Waden wird angenommen. § 35 befragt, daß das Gesetz mit dem 31. Dezember 1923 außer Kraft tritt. Ein Antrag Bernstein (N. Soz.), als Termin hierfür das Ende des ersten Jahres nach Friedensschluß mit den Großmächten einzusetzen, wird abgelehnt. Es bleibt beim Ausschussbeschlusse. Das Veranlagungsmonopol wird von der heutigen Tagesordnung abgelehnt. Das Gesetz gegen die Steuerflucht wird ohne Aussprache angenommen. Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsaufsicht für Zoll und Steuern in Verbindung mit der ersten Lesung eines Nachtragsartikels und einer Ergänzung des Beschlusses des Reichsausschusses. Die erste Lesung des von dem Hauptausschusse vorgeschlagenen Gesetzes und des Nachtragsartikels geht ohne Aussprache voran. Auch in der zweiten Lesung wird das Wort nicht verlangt. Das Gesetz und der Nachtragsartikel werden angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Fehrenbach schlägt vor, daß noch in die Beratung des

Dr. Jung (natl.): Mit dem Ausschussbeschlusse würde auch die einseitig steuerliche Warensteuer in Wegfall kommen. Das kann nicht Aufgabe der Reichsregierung sein. Unterstaatssekretär Schiffer: Die Annahme, daß durch den fährlichen Bericht an den Reichstag über die Verwendung der an die Bundesstaaten abgegebenen Beträge dem Reichstag ein Kontrollrecht gegeben wird, trifft nicht zu. Der Antrag Waden wird angenommen. § 35 befragt, daß das Gesetz mit dem 31. Dezember 1923 außer Kraft tritt. Ein Antrag Bernstein (N. Soz.), als Termin hierfür das Ende des ersten Jahres nach Friedensschluß mit den Großmächten einzusetzen, wird abgelehnt. Es bleibt beim Ausschussbeschlusse. Das Veranlagungsmonopol wird von der heutigen Tagesordnung abgelehnt. Das Gesetz gegen die Steuerflucht wird ohne Aussprache angenommen. Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsaufsicht für Zoll und Steuern in Verbindung mit der ersten Lesung eines Nachtragsartikels und einer Ergänzung des Beschlusses des Reichsausschusses. Die erste Lesung des von dem Hauptausschusse vorgeschlagenen Gesetzes und des Nachtragsartikels geht ohne Aussprache voran. Auch in der zweiten Lesung wird das Wort nicht verlangt. Das Gesetz und der Nachtragsartikel werden angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Fehrenbach schlägt vor, daß noch in die Beratung des

Dr. Jung (natl.): Mit dem Ausschussbeschlusse würde auch die einseitig steuerliche Warensteuer in Wegfall kommen. Das kann nicht Aufgabe der Reichsregierung sein. Unterstaatssekretär Schiffer: Die Annahme, daß durch den fährlichen Bericht an den Reichstag über die Verwendung der an die Bundesstaaten abgegebenen Beträge dem Reichstag ein Kontrollrecht gegeben wird, trifft nicht zu. Der Antrag Waden wird angenommen. § 35 befragt, daß das Gesetz mit dem 31. Dezember 1923 außer Kraft tritt. Ein Antrag Bernstein (N. Soz.), als Termin hierfür das Ende des ersten Jahres nach Friedensschluß mit den Großmächten einzusetzen, wird abgelehnt. Es bleibt beim Ausschussbeschlusse. Das Veranlagungsmonopol wird von der heutigen Tagesordnung abgelehnt. Das Gesetz gegen die Steuerflucht wird ohne Aussprache angenommen. Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsaufsicht für Zoll und Steuern in Verbindung mit der ersten Lesung eines Nachtragsartikels und einer Ergänzung des Beschlusses des Reichsausschusses. Die erste Lesung des von dem Hauptausschusse vorgeschlagenen Gesetzes und des Nachtragsartikels geht ohne Aussprache voran. Auch in der zweiten Lesung wird das Wort nicht verlangt. Das Gesetz und der Nachtragsartikel werden angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Fehrenbach schlägt vor, daß noch in die Beratung des

Dr. Jung (natl.): Mit dem Ausschussbeschlusse würde auch die einseitig steuerliche Warensteuer in Wegfall kommen. Das kann nicht Aufgabe der Reichsregierung sein. Unterstaatssekretär Schiffer: Die Annahme, daß durch den fährlichen Bericht an den Reichstag über die Verwendung der an die Bundesstaaten abgegebenen Beträge dem Reichstag ein Kontrollrecht gegeben wird, trifft nicht zu. Der Antrag Waden wird angenommen. § 35 befragt, daß das Gesetz mit dem 31. Dezember 1923 außer Kraft tritt. Ein Antrag Bernstein (N. Soz.), als Termin hierfür das Ende des ersten Jahres nach Friedensschluß mit den Großmächten einzusetzen, wird abgelehnt. Es bleibt beim Ausschussbeschlusse. Das Veranlagungsmonopol wird von der heutigen Tagesordnung abgelehnt. Das Gesetz gegen die Steuerflucht wird ohne Aussprache angenommen. Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsaufsicht für Zoll und Steuern in Verbindung mit der ersten Lesung eines Nachtragsartikels und einer Ergänzung des Beschlusses des Reichsausschusses. Die erste Lesung des von dem Hauptausschusse vorgeschlagenen Gesetzes und des Nachtragsartikels geht ohne Aussprache voran. Auch in der zweiten Lesung wird das Wort nicht verlangt. Das Gesetz und der Nachtragsartikel werden angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Fehrenbach schlägt vor, daß noch in die Beratung des

Dr. Jung (natl.): Mit dem Ausschussbeschlusse würde auch die einseitig steuerliche Warensteuer in Wegfall kommen. Das kann nicht Aufgabe der Reichsregierung sein. Unterstaatssekretär Schiffer: Die Annahme, daß durch den fährlichen Bericht an den Reichstag über die Verwendung der an die Bundesstaaten abgegebenen Beträge dem Reichstag ein Kontrollrecht gegeben wird, trifft nicht zu. Der Antrag Waden wird angenommen. § 35 befragt, daß das Gesetz mit dem 31. Dezember 1923 außer Kraft tritt. Ein Antrag Bernstein (N. Soz.), als Termin hierfür das Ende des ersten Jahres nach Friedensschluß mit den Großmächten einzusetzen, wird abgelehnt. Es bleibt beim Ausschussbeschlusse. Das Veranlagungsmonopol wird von der heutigen Tagesordnung abgelehnt. Das Gesetz gegen die Steuerflucht wird ohne Aussprache angenommen. Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsaufsicht für Zoll und Steuern in Verbindung mit der ersten Lesung eines Nachtragsartikels und einer Ergänzung des Beschlusses des Reichsausschusses. Die erste Lesung des von dem Hauptausschusse vorgeschlagenen Gesetzes und des Nachtragsartikels geht ohne Aussprache voran. Auch in der zweiten Lesung wird das Wort nicht verlangt. Das Gesetz und der Nachtragsartikel werden angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Fehrenbach schlägt vor, daß noch in die Beratung des

Dr. Jung (natl.): Mit dem Ausschussbeschlusse würde auch die einseitig steuerliche Warensteuer in Wegfall kommen. Das kann nicht Aufgabe der Reichsregierung sein. Unterstaatssekretär Schiffer: Die Annahme, daß durch den fährlichen Bericht an den Reichstag über die Verwendung der an die Bundesstaaten abgegebenen Beträge dem Reichstag ein Kontrollrecht gegeben wird, trifft nicht zu. Der Antrag Waden wird angenommen. § 35 befragt, daß das Gesetz mit dem 31. Dezember 1923 außer Kraft tritt. Ein Antrag Bernstein (N. Soz.), als Termin hierfür das Ende des ersten Jahres nach Friedensschluß mit den Großmächten einzusetzen, wird abgelehnt. Es bleibt beim Ausschussbeschlusse. Das Veranlagungsmonopol wird von der heutigen Tagesordnung abgelehnt. Das Gesetz gegen die Steuerflucht wird ohne Aussprache angenommen. Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsaufsicht für Zoll und Steuern in Verbindung mit der ersten Lesung eines Nachtragsartikels und einer Ergänzung des Beschlusses des Reichsausschusses. Die erste Lesung des von dem Hauptausschusse vorgeschlagenen Gesetzes und des Nachtragsartikels geht ohne Aussprache voran. Auch in der zweiten Lesung wird das Wort nicht verlangt. Das Gesetz und der Nachtragsartikel werden angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Fehrenbach schlägt vor, daß noch in die Beratung des

Dr. Jung (natl.): Mit dem Ausschussbeschlusse würde auch die einseitig steuerliche Warensteuer in Wegfall kommen. Das kann nicht Aufgabe der Reichsregierung sein. Unterstaatssekretär Schiffer: Die Annahme, daß durch den fährlichen Bericht an den Reichstag über die Verwendung der an die Bundesstaaten abgegebenen Beträge dem Reichstag ein Kontrollrecht gegeben wird, trifft nicht zu. Der Antrag Waden wird angenommen. § 35 befragt, daß das Gesetz mit dem 31. Dezember 1923 außer Kraft tritt. Ein Antrag Bernstein (N. Soz.), als Termin hierfür das Ende des ersten Jahres nach Friedensschluß mit den Großmächten einzusetzen, wird abgelehnt. Es bleibt beim Ausschussbeschlusse. Das Veranlagungsmonopol wird von der heutigen Tagesordnung abgelehnt. Das Gesetz gegen die Steuerflucht wird ohne Aussprache angenommen. Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsaufsicht für Zoll und Steuern in Verbindung mit der ersten Lesung eines Nachtragsartikels und einer Ergänzung des Beschlusses des Reichsausschusses. Die erste Lesung des von dem Hauptausschusse vorgeschlagenen Gesetzes und des Nachtragsartikels geht ohne Aussprache voran. Auch in der zweiten Lesung wird das Wort nicht verlangt. Das Gesetz und der Nachtragsartikel werden angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Fehrenbach schlägt vor, daß noch in die Beratung des

Dr. Jung (natl.): Mit dem Ausschussbeschlusse würde auch die einseitig steuerliche Warensteuer in Wegfall kommen. Das kann nicht Aufgabe der Reichsregierung sein. Unterstaatssekretär Schiffer: Die Annahme, daß durch den fährlichen Bericht an den Reichstag über die Verwendung der an die Bundesstaaten abgegebenen Beträge dem Reichstag ein Kontrollrecht gegeben wird, trifft nicht zu. Der Antrag Waden wird angenommen. § 35 befragt, daß das Gesetz mit dem 31. Dezember 1923 außer Kraft tritt. Ein Antrag Bernstein (N. Soz.), als Termin hierfür das Ende des ersten Jahres nach Friedensschluß mit den Großmächten einzusetzen, wird abgelehnt. Es bleibt beim Ausschussbeschlusse. Das Veranlagungsmonopol wird von der heutigen Tagesordnung abgelehnt. Das Gesetz gegen die Steuerflucht wird ohne Aussprache angenommen. Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsaufsicht für Zoll und Steuern in Verbindung mit der ersten Lesung eines Nachtragsartikels und einer Ergänzung des Beschlusses des Reichsausschusses. Die erste Lesung des von dem Hauptausschusse vorgeschlagenen Gesetzes und des Nachtragsartikels geht ohne Aussprache voran. Auch in der zweiten Lesung wird das Wort nicht verlangt. Das Gesetz und der Nachtragsartikel werden angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Fehrenbach schlägt vor, daß noch in die Beratung des

Dr. Jung (natl.): Mit dem Ausschussbeschlusse würde auch die einseitig steuerliche Warensteuer in Wegfall kommen. Das kann nicht Aufgabe der Reichsregierung sein. Unterstaatssekretär Schiffer: Die Annahme, daß durch den fährlichen Bericht an den Reichstag über die Verwendung der an die Bundesstaaten abgegebenen Beträge dem Reichstag ein Kontrollrecht gegeben wird, trifft nicht zu. Der Antrag Waden wird angenommen. § 35 befragt, daß das Gesetz mit dem 31. Dezember 1923 außer Kraft tritt. Ein Antrag Bernstein (N. Soz.), als Termin hierfür das Ende des ersten Jahres nach Friedensschluß mit den Großmächten einzusetzen, wird abgelehnt. Es bleibt beim Ausschussbeschlusse. Das Veranlagungsmonopol wird von der heutigen Tagesordnung abgelehnt. Das Gesetz gegen die Steuerflucht wird ohne Aussprache angenommen. Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsaufsicht für Zoll und Steuern in Verbindung mit der ersten Lesung eines Nachtragsartikels und einer Ergänzung des Beschlusses des Reichsausschusses. Die erste Lesung des von dem Hauptausschusse vorgeschlagenen Gesetzes und des Nachtragsartikels geht ohne Aussprache voran. Auch in der zweiten Lesung wird das Wort nicht verlangt. Das Gesetz und der Nachtragsartikel werden angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Fehrenbach schlägt vor, daß noch in die Beratung des

Dr. Jung (natl.): Mit dem Ausschussbeschlusse würde auch die einseitig steuerliche Warensteuer in Wegfall kommen. Das kann nicht Aufgabe der Reichsregierung sein. Unterstaatssekretär Schiffer: Die Annahme, daß durch den fährlichen Bericht an den Reichstag über die Verwendung der an die Bundesstaaten abgegebenen Beträge dem Reichstag ein Kontrollrecht gegeben wird, trifft nicht zu. Der Antrag Waden wird angenommen. § 35 befragt, daß das Gesetz mit dem 31. Dezember 1923 außer Kraft tritt. Ein Antrag Bernstein (N. Soz.), als Termin hierfür das Ende des ersten Jahres nach Friedensschluß mit den Großmächten einzusetzen, wird abgelehnt. Es bleibt beim Ausschussbeschlusse. Das Veranlagungsmonopol wird von der heutigen Tagesordnung abgelehnt. Das Gesetz gegen die Steuerflucht wird ohne Aussprache angenommen. Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsaufsicht für Zoll und Steuern in Verbindung mit der ersten Lesung eines Nachtragsartikels und einer Ergänzung des Beschlusses des Reichsausschusses. Die erste Lesung des von dem Hauptausschusse vorgeschlagenen Gesetzes und des Nachtragsartikels geht ohne Aussprache voran. Auch in der zweiten Lesung wird das Wort nicht verlangt. Das Gesetz und der Nachtragsartikel werden angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Fehrenbach schlägt vor, daß noch in die Beratung des

Dr. Jung (natl.): Mit dem Ausschussbeschlusse würde auch die einseitig steuerliche Warensteuer in Wegfall kommen. Das kann nicht Aufgabe der Reichsregierung sein. Unterstaatssekretär Schiffer: Die Annahme, daß durch den fährlichen Bericht an den Reichstag über die Verwendung der an die Bundesstaaten abgegebenen Beträge dem Reichstag ein Kontrollrecht gegeben wird, trifft nicht zu. Der Antrag Waden wird angenommen. § 35 befragt, daß das Gesetz mit dem 31. Dezember 1923 außer Kraft tritt. Ein Antrag Bernstein (N. Soz.), als Termin hierfür das Ende des ersten Jahres nach Friedensschluß mit den Großmächten einzusetzen, wird abgelehnt. Es bleibt beim Ausschussbeschlusse. Das Veranlagungsmonopol wird von der heutigen Tagesordnung abgelehnt. Das Gesetz gegen die Steuerflucht wird ohne Aussprache angenommen. Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsaufsicht für Zoll und Steuern in Verbindung mit der ersten Lesung eines Nachtragsartikels und einer Ergänzung des Beschlusses des Reichsausschusses. Die erste Lesung des von dem Hauptausschusse vorgeschlagenen Gesetzes und des Nachtragsartikels geht ohne Aussprache voran. Auch in der zweiten Lesung wird das Wort nicht verlangt. Das Gesetz und der Nachtragsartikel werden angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Fehrenbach schlägt vor, daß noch in die Beratung des

Dr. Jung (natl.): Mit dem Ausschussbeschlusse würde auch die einseitig steuerliche Warensteuer in Wegfall kommen. Das kann nicht Aufgabe der Reichsregierung sein. Unterstaatssekretär Schiffer: Die Annahme, daß durch den fährlichen Bericht an den Reichstag über die Verwendung der an die Bundesstaaten abgegebenen Beträge dem Reichstag ein Kontrollrecht gegeben wird, trifft nicht zu. Der Antrag Waden wird angenommen. § 35 befragt, daß das Gesetz mit dem 31. Dezember 1923 außer Kraft tritt. Ein Antrag Bernstein (N. Soz.), als Termin hierfür das Ende des ersten Jahres nach Friedensschluß mit den Großmächten einzusetzen, wird abgelehnt. Es bleibt beim Ausschussbeschlusse. Das Veranlagungsmonopol wird von der heutigen Tagesordnung abgelehnt. Das Gesetz gegen die Steuerflucht wird ohne Aussprache angenommen. Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsaufsicht für Zoll und Steuern in Verbindung mit der ersten Lesung eines Nachtragsartikels und einer Ergänzung des Beschlusses des Reichsausschusses. Die erste Lesung des von dem Hauptausschusse vorgeschlagenen Gesetzes und des Nachtragsartikels geht ohne Aussprache voran. Auch in der zweiten Lesung wird das Wort nicht verlangt. Das Gesetz und der Nachtragsartikel werden angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Fehrenbach schlägt vor, daß noch in die Beratung des

Dr. Jung (natl.): Mit dem Ausschussbeschlusse würde auch die einseitig steuerliche Warensteuer in Wegfall kommen. Das kann nicht Aufgabe der Reichsregierung sein. Unterstaatssekretär Schiffer: Die Annahme, daß durch den fährlichen Bericht an den Reichstag über die Verwendung der an die Bundesstaaten abgegebenen Beträge dem Reichstag ein Kontrollrecht gegeben wird, trifft nicht zu. Der Antrag Waden wird angenommen. § 35 befragt, daß das Gesetz mit dem 31. Dezember 1923 außer Kraft tritt. Ein Antrag Bernstein (N. Soz.), als Termin hierfür das Ende des ersten Jahres nach Friedensschluß mit den Großmächten einzusetzen, wird abgelehnt. Es bleibt beim Ausschussbeschlusse. Das Veranlagungsmonopol wird von der heutigen Tagesordnung abgelehnt. Das Gesetz gegen die Steuerflucht wird ohne Aussprache angenommen. Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsaufsicht für Zoll und Steuern in Verbindung mit der ersten Lesung eines Nachtragsartikels und einer Ergänzung des Beschlusses des Reichsausschusses. Die erste Lesung des von dem Hauptausschusse vorgeschlagenen Gesetzes und des Nachtragsartikels geht ohne Aussprache voran. Auch in der zweiten Lesung wird das Wort nicht verlangt. Das Gesetz und der Nachtragsartikel werden angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Fehrenbach schlägt vor, daß noch in die Beratung des

Dr. Jung (natl.): Mit dem Ausschussbeschlusse würde auch die einseitig steuerliche Warensteuer in Wegfall kommen. Das kann nicht Aufgabe der Reichsregierung sein. Unterstaatssekretär Schiffer: Die Annahme, daß durch den fährlichen Bericht an den Reichstag über die Verwendung der an die Bundesstaaten abgegebenen Beträge dem Reichstag ein Kontrollrecht gegeben wird, trifft nicht zu. Der Antrag Waden wird angenommen. § 35 befragt, daß das Gesetz mit dem 31. Dezember 1923 außer Kraft tritt. Ein Antrag Bernstein (N. Soz.), als Termin hierfür das Ende des ersten Jahres nach Friedensschluß mit den Großmächten einzusetzen, wird abgelehnt. Es bleibt beim Ausschussbeschlusse. Das Veranlagungsmonopol wird von der heutigen Tagesordnung abgelehnt. Das Gesetz gegen die Steuerflucht wird ohne Aussprache angenommen. Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsaufsicht für Zoll und Steuern in Verbindung mit der ersten Lesung eines Nachtragsartikels und einer Ergänzung des Beschlusses des Reichsausschusses. Die erste Lesung des von dem Hauptausschusse vorgeschlagenen Gesetzes und des Nachtragsartikels geht ohne Aussprache voran. Auch in der zweiten Lesung wird das Wort nicht verlangt. Das Gesetz und der Nachtragsartikel werden angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Fehrenbach schlägt vor, daß noch in die Beratung des

Dr. Jung (natl.): Mit dem Ausschussbeschlusse würde auch die einseitig steuerliche Warensteuer in Wegfall kommen. Das kann nicht Aufgabe der Reichsregierung sein. Unterstaatssekretär Schiffer: Die Annahme, daß durch den fährlichen Bericht an den Reichstag über die Verwendung der an die Bundesstaaten abgegebenen Beträge dem Reichstag ein Kontrollrecht gegeben wird, trifft nicht zu. Der Antrag Waden wird angenommen. § 35 befragt, daß das Gesetz mit dem 31. Dezember 1923 außer Kraft tritt. Ein Antrag Bernstein (N. Soz.), als Termin hierfür das Ende des ersten Jahres nach Friedensschluß mit den Großmächten einzusetzen, wird abgelehnt. Es bleibt beim Ausschussbeschlusse. Das Veranlagungsmonopol wird von der heutigen Tagesordnung abgelehnt. Das Gesetz gegen die Steuerflucht wird ohne Aussprache angenommen. Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsaufsicht für Zoll und Steuern in Verbindung mit der ersten Lesung eines Nachtragsartikels und einer Ergänzung des Beschlusses des Reichsausschusses. Die erste Lesung des von dem Hauptausschusse vorgeschlagenen Gesetzes und des Nachtragsartikels geht ohne Aussprache voran. Auch in der zweiten Lesung wird das Wort nicht verlangt. Das Gesetz und der Nachtragsartikel werden angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Fehrenbach schlägt vor, daß noch in die Beratung des

Dr. Jung (natl.): Mit dem Ausschussbeschlusse würde auch die einseitig steuerliche Warensteuer in Wegfall kommen. Das kann nicht Aufgabe der Reichsregierung sein. Unterstaatssekretär Schiffer: Die Annahme, daß durch den fährlichen Bericht an den Reichstag über die Verwendung der an die Bundesstaaten abgegebenen Beträge dem Reichstag ein Kontrollrecht gegeben wird, trifft nicht zu. Der Antrag Waden wird angenommen. § 35 befragt, daß das Gesetz mit dem 31. Dezember 1923 außer Kraft tritt. Ein Antrag Bernstein (N. Soz.), als Termin hierfür das Ende des ersten Jahres nach Friedensschluß mit den Großmächten einzusetzen, wird abgelehnt. Es bleibt beim Ausschussbeschlusse. Das Veranlagungsmonopol wird von der heutigen Tagesordnung abgelehnt. Das Gesetz gegen die Steuerflucht wird ohne Aussprache angenommen. Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsaufsicht für Zoll und Steuern in Verbindung mit der ersten Lesung eines Nachtragsartikels und einer Ergänzung des Beschlusses des Reichsausschusses. Die erste Lesung des von dem Hauptausschusse vorgeschlagenen Gesetzes und des Nachtragsartikels geht ohne Aussprache voran. Auch in der zweiten Lesung wird das Wort nicht verlangt. Das Gesetz und der Nachtragsartikel werden angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Fehrenbach schlägt vor, daß noch in die Beratung des

Dr. Jung (natl.): Mit dem Ausschussbeschlusse würde auch die einseitig steuerliche Warensteuer in Wegfall kommen. Das kann nicht Aufgabe der Reichsregierung sein. Unterstaatssekretär Schiffer: Die Annahme, daß durch den fährlichen Bericht an den Reichstag über die Verwendung der an die Bundesstaaten abgegebenen Beträge dem Reichstag ein Kontrollrecht gegeben wird, trifft nicht zu. Der Antrag Waden wird angenommen. § 35 befragt, daß das Gesetz mit dem 31. Dezember 1923 außer Kraft tritt. Ein Antrag Bernstein (N. Soz.), als Termin hierfür das Ende des ersten Jahres nach Friedensschluß mit den Großmächten einzusetzen, wird abgelehnt. Es bleibt beim Ausschussbeschlusse. Das Veranlagungsmonopol wird von der heutigen Tagesordnung abgelehnt. Das Gesetz gegen die Steuerflucht wird ohne Aussprache angenommen. Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsaufsicht für Zoll und Steuern in Verbindung mit der ersten Lesung eines Nachtragsartikels und einer Ergänzung des Beschlusses des Reichsausschusses. Die erste Lesung des von dem Hauptausschusse vorgeschlagenen Gesetzes und des Nachtragsartikels geht ohne Aussprache voran. Auch in der zweiten Lesung wird das Wort nicht verlangt. Das Gesetz und der Nachtragsartikel werden angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Fehrenbach schlägt vor, daß noch in die Beratung des

Dr. Jung (natl.): Mit dem Ausschussbeschlusse würde auch die einseitig steuerliche Warensteuer in Wegfall kommen. Das kann nicht Aufgabe der Reichsregierung sein. Unterstaatssekretär Schiffer: Die Annahme, daß durch den fährlichen Bericht an den Reichstag über die Verwendung der an die Bundesstaaten abgegebenen Beträge dem Reichstag ein Kontrollrecht gegeben wird, trifft nicht zu. Der Antrag Waden wird angenommen. § 35 befragt, daß das Gesetz mit dem 31. Dezember 1923 außer Kraft tritt. Ein Antrag Bernstein (N. Soz.), als Termin hierfür das Ende des ersten Jahres nach Friedensschluß mit den Großmächten einzusetzen, wird abgelehnt. Es bleibt beim Ausschussbeschlusse. Das Veranlagungsmonopol wird von der heutigen Tagesordnung abgelehnt. Das Gesetz gegen die Steuerflucht wird ohne Aussprache angenommen. Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsaufsicht für Zoll und Steuern in Verbindung mit der ersten Lesung eines Nachtragsartikels und einer Ergänzung des Beschlusses des Reichsausschusses. Die erste Lesung des von dem Hauptausschusse vorgeschlagenen Gesetzes und des Nachtragsartikels geht ohne Aussprache voran. Auch in der zweiten Lesung wird das Wort nicht verlangt. Das Gesetz und der Nachtragsartikel werden angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Fehrenbach schlägt vor, daß noch in die Beratung des

Dr. Jung (natl.): Mit dem Ausschussbeschlusse würde auch die einseitig steuerliche Warensteuer in Wegfall kommen. Das kann nicht Aufgabe der Reichsregierung sein. Unterstaatssekretär Schiffer: Die Annahme, daß durch den fährlichen Bericht an den Reichstag über die Verwendung der an die Bundesstaaten abgegebenen Beträge dem Reichstag ein Kontrollrecht gegeben wird, trifft nicht zu. Der Antrag Waden wird angenommen. § 35 befragt, daß das Gesetz mit dem 31. Dezember 1923 außer Kraft tritt. Ein Antrag Bernstein (N. Soz.), als Termin hierfür das Ende des ersten Jahres nach Friedensschluß mit den Großmächten einzusetzen, wird abgelehnt. Es bleibt beim Ausschussbeschlusse. Das Veranlagungsmonopol wird von der heutigen Tagesordnung abgelehnt. Das Gesetz gegen die Steuerflucht wird ohne Aussprache angenommen. Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsaufsicht für Zoll und Steuern in Verbindung mit der ersten Lesung eines Nachtragsartikels und einer Ergänzung des Beschlusses des Reichsausschusses. Die erste Lesung des von dem Hauptausschusse vorgeschlagenen Gesetzes und des Nachtragsartikels geht ohne Aussprache voran. Auch in der zweiten Lesung wird das Wort nicht verlangt. Das Gesetz und der Nachtragsartikel werden angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Fehrenbach schlägt vor, daß noch in die Beratung des

Dr. Jung (natl.): Mit dem Ausschussbeschlusse würde auch die einseitig steuerliche Warensteuer in Wegfall kommen. Das kann nicht Aufgabe der Reichsregierung sein. Unterstaatssekretär Schiffer: Die Annahme, daß durch den fährlichen Bericht an den Reichstag über die Verwendung der an die Bundesstaaten abgegebenen Beträge dem Reichstag ein Kontrollrecht gegeben wird, trifft nicht zu. Der Antrag Waden wird angenommen. § 35 befragt, daß das Gesetz mit dem 31. Dezember 1923 außer Kraft tritt. Ein Antrag Bernstein (N. Soz.), als Termin hierfür das Ende des ersten Jahres nach Friedensschluß mit den Großmächten einzusetzen, wird abgelehnt. Es bleibt beim Ausschussbeschlusse. Das Veranlagungsmonopol wird von der heutigen Tagesordnung abgelehnt. Das Gesetz gegen die Steuerflucht wird ohne Aussprache angenommen. Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsaufsicht für Zoll und Steuern in Verbindung mit der ersten Lesung eines Nachtragsartikels und einer Ergänzung des Beschlusses des Reichsausschusses. Die erste Lesung des von dem Hauptausschusse vorgeschlagenen Gesetzes und des Nachtragsartikels geht ohne Aussprache voran. Auch in der zweiten Lesung wird das Wort nicht verlangt. Das Gesetz und der Nachtragsartikel werden angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Fehrenbach schlägt vor, daß noch in die Beratung des

Dr. Jung (natl.): Mit dem Ausschussbeschlusse würde auch die einseitig steuerliche Warensteuer in Wegfall kommen. Das kann nicht Aufgabe der Reichsregierung sein. Unterstaatssekretär Schiffer: Die Annahme, daß durch den fährlichen Bericht an den Reichstag über die Verwendung der an die Bundesstaaten abgegebenen Beträge dem Reichstag ein Kontrollrecht gegeben wird, trifft nicht zu. Der Antrag Waden wird angenommen. § 35 befragt, daß das Gesetz mit dem 31. Dezember 1923 außer Kraft tritt. Ein Antrag Bernstein (N. Soz.), als Termin hierfür das Ende des ersten Jahres nach Friedensschluß mit den Großmächten einzusetzen, wird abgelehnt. Es bleibt beim Ausschussbeschlusse. Das Veranlagungsmonopol wird von der heutigen Tagesordnung abgelehnt. Das Gesetz gegen die Steuerflucht wird ohne Aussprache angenommen. Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsaufsicht für Zoll und Steuern in Verbindung mit der ersten Lesung eines Nachtragsartikels und einer Ergänzung des Beschlusses des Reichsausschusses. Die erste Lesung des von dem Hauptausschusse vorgeschlagenen Gesetzes und des Nachtragsartikels geht ohne Aussprache voran. Auch in der zweiten Lesung wird das Wort nicht verlangt. Das Gesetz und der Nachtragsartikel werden angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Fehrenbach schlägt vor, daß noch in die Beratung des

Dr. Jung (natl.): Mit dem Ausschussbeschlusse würde auch die einseitig steuerliche Warensteuer in Wegfall kommen. Das kann nicht Aufgabe der Reichsregierung sein. Unterstaatssekretär Schiffer: Die Annahme, daß durch den fährlichen Bericht an den Reichstag über die Verwendung der an die Bundesstaaten abgegebenen Beträge dem Reichstag ein Kontrollrecht gegeben wird, trifft nicht zu. Der Antrag Waden wird angenommen. § 35 befragt, daß das Gesetz mit dem 31. Dezember 1923 außer Kraft tritt. Ein Antrag Bernstein (N. Soz.), als Termin hierfür das Ende des ersten Jahres nach Friedensschluß mit den Großmächten einzusetzen, wird abgelehnt. Es bleibt beim Ausschussbeschlusse. Das Veranlagungsmonopol wird von der heutigen Tagesordnung abgelehnt. Das Gesetz gegen die Steuerflucht wird ohne Aussprache angenommen. Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsaufsicht für Zoll und Steuern in Verbindung mit der ersten Lesung eines Nachtragsartikels und einer Ergänzung des Beschlusses des Reichsausschusses. Die erste Lesung des von dem Hauptausschusse vorgeschlagenen Gesetzes und des Nachtragsartikels geht ohne Aussprache voran. Auch in der zweiten Lesung wird das Wort nicht verlangt. Das Gesetz und der Nachtragsartikel werden angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Fehrenbach schlägt vor, daß noch in die Beratung des

Dr. Jung (natl.): Mit dem Ausschussbeschlusse würde auch die einseitig steuerliche Warensteuer in Wegfall kommen. Das kann nicht Aufgabe der Reichsregierung sein. Unterstaatssekretär Schiffer: Die Annahme, daß durch den fährlichen Bericht an den Reichstag über die Verwendung der an die Bundesstaaten abgegebenen Beträge dem Reichstag ein Kontrollrecht gegeben wird, trifft nicht zu. Der Antrag Waden wird angenommen. § 35 befragt, daß das Gesetz mit dem 31. Dezember 1923 außer Kraft tritt. Ein Antrag Bernstein (N. Soz.), als Termin hierfür das Ende des ersten Jahres nach Friedensschluß mit den Großmächten einzusetzen, wird abgelehnt. Es bleibt beim Ausschussbeschlusse. Das Veranlagungsmonopol wird von der heutigen Tagesordnung abgelehnt. Das Gesetz gegen die Steuerflucht wird ohne Aussprache angenommen. Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsaufsicht für Zoll und Steuern in Verbindung mit der ersten Lesung eines Nachtragsartikels und einer Ergänzung des Beschlusses des Reichsausschusses. Die erste Lesung des von dem Hauptausschusse vorgeschlagenen Gesetzes und des Nachtragsartikels geht ohne Aussprache voran. Auch in der zweiten Lesung wird das Wort nicht verlangt. Das Gesetz und der Nachtragsartikel werden angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Fehrenbach schlägt vor, daß noch in die Beratung des

